



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

13. März 2023

Planen Bauen Wohnen, Stadtpolitik, Homepage, Umwelt & Naturschutz, Verkehr

Innenstadtprojekte interdisziplinär voranbringen

Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, Umwelt- und Wirtschaftsdezernentin Christiane Hinninger und Bau- und Verkehrsdezernent Andreas Kowol haben am Dienstag, 7. März, das Handlungskonzept der AG Öffentlicher Raum in den Magistrat eingebracht.

„Der öffentlicher Raum unterliegt wechselnden Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch den Klimawandel, die Corona-Pandemie oder den wachsenden Online-Handel. Insofern ist er nicht durch Kontinuität geprägt, sondern durch ständigen Wandel. Anpassungen, Überarbeitungen und situatives Handeln sind daher ständig erforderlich“, so Mende.

Aufgrund einer Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vom Februar 2022 hat sich unter Federführung des Dezernats I – in enger Abstimmung mit den Dezernaten IV und V - eine Arbeitsgruppe aus drei planenden und bauenden Ämtern gegründet, dem Stadtplanungsamt, dem Tiefbau- und Vermessungsamt und dem Grünflächenamt. Ziel ist es, die fachlichen Expertisen ohne Hemmnisse der jeweiligen Zuständigkeiten oder Dezernatzugehörigkeiten zusammenzuführen im Sinne einer vertrauensvollen, offenen und ergebnisorientierten Zusammenarbeit. Die AG wird bei Bedarf um weitere Fachexpertise unter anderem aus dem Umweltamt oder der Unteren Denkmalschutzbehörde verstärkt.

„Die Sorge um den öffentlichen Raum ist von besonderer Bedeutung für die Landeshauptstadt Wiesbaden und kann nur fachübergreifend gelöst werden, da

städtebauliche, umwelt- und insbesondere klimabezogene sowie soziale, verkehrliche, grünfachliche und denkmalrechtliche Themen bei jedem Projekt anfallen und gelöst werden müssen“, erklärt Hinninger.

Mit der Verfügung wurde der AG die Aufgabe übertragen, ein Handlungskonzept mit einer Priorisierung und Zeitschiene hinterlegt für die nächsten 10 Jahre zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei hat sich die AG vorwiegend den Aufgaben der Innenstadt angenommen, da diese von den genannten Veränderungsprozessen derzeit am stärksten betroffen ist. Die laufenden oder anstehenden Projekte in anderen Bereichen der Stadt oder unter Federführung städtischer Gesellschaften sind deshalb nicht weniger wichtig und werden unabhängig von der AG Öffentlicher Raum weiterverfolgt.

„Weltweit zeigen viele Städte eindrucksvoll, dass die Lebens- und Aufenthaltsqualität gesteigert werden können, indem der öffentliche Raum zukunftsfähig umgestaltet und neu aufgeteilt wird. Mit der neuen Arbeitsgruppe bündeln wir unsere verwaltungsinternen Kompetenzen, um diesen auch für Wiesbaden wichtigen Prozess künftig noch besser zu steuern“, ergänzt Kowol.

Um die Arbeitsfähigkeit der AG sicherzustellen, ist die Kontinuität in der personellen Besetzung erforderlich, zu der sich die beteiligten Dezernate bekannt haben. Außerdem hängt das Gelingen von der zeitgerechten Bereitstellung notwendiger Ressourcen ab. Bei den zu bearbeitenden Projekten handelt es sich um prominente Plätze und Straßenzüge der Landeshauptstadt Wiesbaden mit einer entsprechenden Bedeutung für Stadt und Stadtgesellschaft. Die anstehenden Aufgaben sind grob strukturiert in

- Kurzfristig, zum Beispiel: Schlossplatz, Ellenbogengasse, Umfeld der Staatskanzlei,
- Mittelfristig, zum Beispiel: Platz der Deutschen Einheit, Luisenplatz, Dern'sches Gelände
- Langfristig, zum Beispiel: Moritzstraße, Schwalbacher Straße.

Die Auswahl der Projekte erfolgt dabei aufgrund folgender Kriterien: Beschlusslage, Handlungsdringlichkeit, baulicher Zustand, interne und externe Bedarfe und der Komplexität der Projekte. Die Projektliste ist dabei nicht abschließend und wird entsprechend der aufkommenden Bedarfe aktualisiert und fortgeschrieben. Dadurch können sich auch Verzögerungen, neue Schwerpunkte oder neue Inhalte ergeben.

Als Pilotprojekt hat die AG die Überarbeitung des Kochbrunnenplatzes vorgeschlagen und ist bereits in die Grundlagenermittlung für diese komplexe Planungsaufgabe eingestiegen.

Eine Beteiligung der Anlieger, unter anderem der Staatskanzlei ist ebenso geplant wie eine Beteiligung der Anwohner und eine Befragung der Nutzer des Platzes.

„Gemeinsames Ziel soll es sein, den öffentlichen Raum lebenswerter zu gestalten, auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah zu reagieren und neue Ideen klimagerecht und nachhaltig umzusetzen“, so Mende.

+++